

# Briefwechsel

zwischen

## **Dov Ben-Meir, ehemaliger Vizepräsident der Knesset, und Autoren des „Manifest der 25“**

Stand: August 2007

### I.

**Dov Ben-Meir**

**Freundschaftliche Antwort an die 25 Politologen, die dazu aufrufen, die  
“besonderen Beziehungen” zwischen Deutschland und Israel aufzukündigen  
und ihnen eine ausgewogene Basis zu verleihen.**

*[Verfasst am 15. Dezember 2006, veröffentlicht am 16.1.2007 in der Frankfurter Rundschau*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mit großem Interesse Ihr Manifest, das am 15.11.2006 in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht wurde, gelesen und möchte Ihnen für die Offenheit und Aufrichtigkeit danken, mit der Sie Ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben.

Denn nur Offenheit und Aufrichtigkeit können eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme, die Sie ansprechen, ermöglichen.

Erlauben Sie mir bitte zunächst, einige in Ihrem Manifest erhaltene historische Ungenauigkeiten und Missverständnisse richtig zu stellen:

- 1) Ihre Einstellung zum israelisch-palästinensischen Konflikt ist zu meinem Bedauern zu simplifiziert: Es ist richtig, dass der Holocaust Völker und Staaten davon überzeugte, im Jahre 1947 für die Errichtung eines jüdischen Staates zu stimmen. Aber sie votierten auch gleichzeitig für die Errichtung eines arabisch-palästinensischen Staates. Die Palästinenser lehnten das Angebot ab und entschieden, uns mit Hilfe der ausgerüsteten Armeen der fünf arabischen Nachbarländer ins Meer zu treiben. Nun stellen Sie sich bitte vor, welches Idyll zwischen uns und den Palästinensern herrschen könnte, hätten sie die Resolution so wie David Ben-Gurion akzeptiert?
- 2) Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstand hauptsächlich durch diesen Krieg. Anstatt die Flüchtlinge in den arabischen Ländern aufzunehmen oder ihnen einen Staat in der Westbank bzw. im Gazastreifen (beide Gebiete waren 19 Jahre!! unter jordanischer bzw. ägyptischer Herrschaft) zu errichten, wählte man, sie in Lager zu zwängen, um sie als politische Waffe gegen Israel zu benutzen und sie dort auf den kommenden militärischen Angriff auf Israel warten zu lassen.
- 3) Hieraus folgt, dass die anhaltend schwere Lage der Palästinenser nicht alleine aus dem Holocaust und der Einwanderung der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland nach Palästina resultiert. Schließlich hat Westdeutschland nach dem Krieg ca. 15 Millionen deutsche Flüchtlinge, die aus Polen und dem Sudetenland vertrieben worden waren, aufgenommen. Bestand eine solche Verpflichtung nicht

auch für arabische Staaten, die in Petrodollars schwammen und diese in europäischen Spielkasinos verschwendeten?

- 4) Obgleich Israel schon fast 60 Jahre existiert und als regionale Supermacht gilt und obwohl die palästinensische Bevölkerung andererseits keine Möglichkeit hat, Israel militärisch zu besiegen, ist die Mehrheit der Palästinenser heute genauso wenig wie vor 58 Jahren bereit, das Existenzrecht Israels im Nahen Osten anzuerkennen. Dies ist nicht nur der Standpunkt der Hamas, sondern jedes überzeugten Muslims, der in der Existenz Israels eine Beleidigung und eine Verletzung der heiligen Kontinuität des dem arabischen Volk gehörenden Bodens sieht.
- 5) Arafat wurde anlässlich seines Besuches in der Moschee von Johannesburg im Jahre 1994 gefragt (nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen), warum er die erklärte Haltung der muslimischen Welt, das Verbot, mit Israel Frieden zu schließen, verraten hat (diese Frage wurde ihm gestellt, weil sich die arabischen Staaten basierend auf dieser Ablehnung nach 1967 weigerten, ein Abkommen mit Israel zu unterzeichnen und sich für die berühmten drei Neins entschieden?) Er antwortete (wir besitzen Aufzeichnungen seiner Rede), dass er nur das tat, was der Prophet Mohammed vor ihm tat. Wie bekannt ist, schloss Mohammed mit den Einwohnern Mekkas vom Stamm der Kureisch einen 10jährigen Frieden, den er nach 3 Jahren, als er sich stark genug fühlte, brach. Alle Einwohner der Stadt wurden mit dem Schwert ermordet.

Arafat fügte auch hinzu, dass es die Pflicht jedes Muslims sei, Kompromisse einzugehen, wenn er schwach sei, dass er aber sein endgültiges Ziel nicht aufgeben dürfe, wenn der Tag der Rache käme.

- 6) Und deshalb sehr geehrte Damen und Herren: **Wir fürchten uns! Wir fürchten uns sehr!** Vor dem Hass, der nicht abgebaut werden kann (ich werde an dieser Stelle nicht auf Dutzende von Versuchen eingehen, die wir unternahmen, um Frieden zu schließen und zurückgewiesen wurden); vor den Terror-Organisationen mit Al Qaida an ihrer Spitze; vor der im Iran tickenden Zeitbombe, auf die einzugehen, Sie nicht bereit sind und vor dem iranischen Präsidenten, der erklärt, dass er die Absicht hegt, ein Land, das UN-Mitglied ist, zu zerstören. Und Sie schweigen alle.

Und wir fürchten uns, dass der islamische Fundamentalismus in Pakistan erstarken und Extremisten den Zugriff auf vorhandene Atomwaffen ermöglichen wird.

- 7) Und vor allem fühlen wir uns wieder isoliert, weil wir aus Erfahrung gelernt haben und wissen, dass die europäische „Objektivität“ höchstens Protestentscheidungen in den Parlamenten sowie Protestschreiben, die das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben werden, erzeugen wird.

Wahrlich meine gelehrten Freunde, das Problem hat nicht mit Hitler angefangen! Nicht er hat den deutschen Juden befohlen, den Judenstern zu tragen, ihm sind andere Deutsche zweihundert Jahre zuvorgekommen! Und nicht er war es, der Moses Mendelssohn anlässlich seines ersten Besuches in Berlin dazu zwang, die Stadt durch das Viehtor zu betreten... und nicht Hitler war es, sondern der Komponist Wagner, der bereits im Jahr 1848 eine Schmähchrift über die Juden in der Musik schrieb.

Und so fürchten wir uns sehr vor dem neuen Erwachen des Antisemitismus, dessen Glut bereits heute unter den Füßen der Juden in vielen europäischen Ländern und insbesondere in Deutschland zu spüren ist. Vergessen Sie nicht,

dass hier die Rede von einem bösartigen Kriegs[Krebs]geschwür ist, das sich schon viele Jahrhunderte in das Fleisch Deutschlands frisst, das wiederkehren und sich so ausbreiten kann, dass es Ihre demokratische Existenz ein weiteres Mal bedroht.

- 8) Und was noch viel beunruhigender ist, ist die Tatsache, dass Sie als Ausgangspunkt Ihres Manifestes Deutschland wie ein demokratisches und erleuchtetes Land behandeln, dessen ganze antisemitische Vergangenheit (noch vor dem Holocaust) eigentlich nicht existierte; als ob die geleisteten Entschädigungszahlungen und die exklusive Auseinandersetzung mit der Holocaust-Epoche und nicht mit der chronischen Krankheit, die sich unter vielen in der deutschen Öffentlichkeit einnistet, Deutschland heute von der Verpflichtung befreien würden, besondere Beziehungen mit dem jüdischen Staat zu unterhalten. Und deshalb ist Ihrer Meinung nach der Zeitpunkt gekommen, eine objektive Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt einzunehmen.

Jedoch, sehr geehrte Damen und Herren, fehlt die zweite Seite der Gleichung unserer gegenseitigen Beziehungen: Ich meine hiermit, dass **das jüdische Volk Deutschland die Rückkehr in die Völkergemeinschaft ermöglichte (Deutschland wurde bis zu jenem Zeitpunkt als leprös angesehen)**, indem es bereit war, nur acht Jahre nach dem Holocaust, einen Versöhnungsvertrag mit Ihnen zu unterzeichnen, geistige Größe bewies sowie die Fähigkeit zeigte, die Wunden der Vergangenheit zu überwinden. (Der jüdische Boykott Spaniens infolge der Judenvertreibung im Jahre 1492 dauerte fast 500 Jahre!)

Deshalb ist die Unterstützung, die Sie uns gewähren, nicht nur ein Tribut finanzieller Entschädigungszahlungen und politischer Unterstützung! Dies ist Ihre innere Schutzformel, dass Sie weiterhin ein demokratischer Staat bleiben können und dass Sie mit dem inneren negativen Phänomen, das sich zu unserem Bedauern noch immer in Ihren politischen Gruppen einnistet, fertig werden können.

Es war David Ben-Gurion, der uns auftrag, die besondere Beziehung mit dem deutschen Volk zu schützen, um Ihnen zu helfen, ein „**anderes Deutschland**“ aufzubauen, ein demokratisches, erleuchtetes und tolerantes. So lange die **besonderen Beziehungen** zwischen den beiden Staaten bestehen, ist die demokratische Staatsform in Ihrem Land garantiert. All dies steht keinerlei Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt!

Es gibt in Ihrem Manifest auch eine unglückliche Äußerung: Der Versuch, jüdische Wissenschaftler und Philosophen, die seinerzeit auf beschämende Weise von ihren Professorenfreunden aus deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen verwiesen und zu Flüchtlingen wurden, zu rekrutieren. Sie wollten nicht gehen, sie strebten danach, weiterhin jüdische Deutsche zu sein, die friedlich in ihrem Land sitzen, sie attackierten Deutschland nicht und drohten nicht, es zu zerstören, wie es die Palästinenser mit Israel taten – und Sie führen diese Wissenschaftler und Philosophen an, **ausgerechnet diese**, um die palästinensische Seite zu rechtfertigen. Diese Einstellung beinhaltet mehr als eine Spur von Zynismus...

- 9) Zum Schluss gestatten Sie mir bitte, einige faktische Fehler zu korrigieren, die Ihnen in Ihrem Manifest unterlaufen sind:

- a) Der jüdisch-palästinensische Konflikt im Eretz-Israel (Land Israel) wurde nicht durch die Immigration deutscher Juden in das Land Israel ausgelöst. Dutzende von Juden wurden bereits viele Jahre vorher von Palästinensern umgebracht:

Schon im Jahre **1886** überfielen die arabischen Nachbarn Petah Tikva, die erste Siedlung, die im Land Israel von Juden in der Nähe von Jerusalem gegründet worden war, um sie zu vernichten.

Im Jahre **1920** wurden die jüdischen Siedlungen im Norden des Landes und in Jerusalem angegriffen.

Im Jahre **1921** wurden Tel Aviv, Jaffa und die an der Küste gelegenen jüdischen Siedlungen im Zentrum des Landes angegriffen.

Im Jahre **1929** überfielen die Einwohner Hebrons ihre jüdischen Nachbarn, mit denen sie viele hunderte von Jahren zusammengelebt hatten, vergewaltigten und schlachteten (**genauso!**) fast hundert von ihnen.

- b) Der Führer der Araber im Land Israel, Hadsch Amin al-Husseini, der in den Jahren 1936-1939 die blutigen Zusammenstöße von Juden und Arabern im Land Israel organisiert hatte und von den Briten ausgewiesen wurde, kam später nach Berlin und volontierte bei der Rekrutierung muslimischer Truppen zur Unterstützung der Nazi-Armee, nachdem sich Hitler verpflichtet hatte, die jüdische Ansiedlung im Land Israel zu vernichten. Somit ist es nicht die Immigration von etwa 120.000 deutschen Juden ins Land Israel (übrigens befanden sich bereits Mitte der Dreißiger Jahre 330.000 Juden im Lande, die Einwanderung aus Deutschland erhöhte ihre Zahl auf 450.000), die den palästinensischen Widerstand gegen eine jüdische Präsenz im Land Israel auslöste.

### Zusammenfassung

Deutschland muss und kann sich nicht seinen besonderen Beziehungen mit dem jüdischen Staat entziehen und zwar aus allgemein moralischen als auch aus subjektiv egoistischen Gründen der deutschen Gesellschaft, die dafür Sorge tragen muss, dass sie nicht von neuem in antisemitische Abgründe rollt. Und dies trotz der Versuche der Muslime, Deutschland die Schuld für die Errichtung des Staates Israel zuzuweisen. Andererseits sollten die von mir oben angeführten Fakten, Deutschland nicht von seinen Bemühungen abhalten, bei der Schlichtung des Konfliktes zu helfen; im Gegenteil: Israel wird eine solche Beteiligung begrüßen, in der Hoffnung, dass sie wirklich helfen wird. Wem es gelingen sollte, die Hamas, die Hizbullah, Al-Qaida, die muslimischen Brüder und die Iraner davon zu überzeugen, die Existenz des jüdischen Staates im Nahen Osten zu akzeptieren, der hat sich ein ruhmvolles Blatt in der Weltgeschichte verdient.

Hochachtungsvoll

*Dov Ben-Meir*

*Vizepräsident der Knesset (a.D.)*

## II.

### **AutorInnen des „Manifests der 25“ Antwort an Dov Ben-Meir (30.3.2007)**

Sehr geehrter Herr Ben-Meir,

wir haben Ihre ausführliche und freundschaftliche Antwort auf unsere Überlegungen zu den deutsch-israelischen Beziehungen mit Respekt und großem Interesse zur Kenntnis genommen, und wir bitten um Entschuldigung, dass wir Sie mit unserer Antwort so lange haben warten lassen.

Wir wissen uns mit Ihnen einig darin, dass „nur Offenheit und Aufrichtigkeit (...) eine intellektuelle und offene Diskussion der Probleme (...) ermöglichen.“ Dieser Grundkonsens ist uns sehr wichtig und wiegt in unserer Sicht mehr als so manche Differenz, auf die wir im Folgenden eingehen. Das gleiche gilt für die Freundlichkeit, mit der Sie uns entgegneten.

Über die „historischen Missverständnisse“, die Sie anführen, lassen wir uns gern aufklären. Manches war uns in der Tat nicht klar. In manchen Punkten können wir allerdings Ihre Bewertung nicht teilen. Wir folgen Ihrer Gliederung und beantworten Ihre Punkte der Reihe nach:

Ad 1: Ja, Sie haben recht, hätten die Palästinenser und die angrenzenden arabischen Staaten bereits im November 1947 den Teilungsplan der UN akzeptiert, wäre Israel, Palästina und der ganzen Region viel Blutvergießen und Leid erspart geblieben. Wir wünschten, es wäre so gewesen. Aber wenn wir uns in die Lage der Palästinenser und der Araber insgesamt hineinversetzen, können wir verstehen, wenn auch, da für uns UN-Resolutionen verbindlich sind, nicht billigen, dass sie sich der Empfehlung der UN-Generalversammlung damals widersetzt haben. 55 % des Landes – so unsere Information, korrigieren Sie uns bitte, wenn sie nicht zutreffen sollte – an ein Drittel der Gesamtbevölkerung, die ansässigen und eingewanderten Juden, abzutreten, die weniger als 6% des gesamten Boden Palästinas besaßen – konnte man erwarten, dass eine solche Entscheidung einfach hingenommen wird?. Und dies angesichts der Tatsache, dass die israelische Führung eigentlich das *ganze* Land Palästina westlich des Jordans beanspruchte. (Jedenfalls hatte Ben Gurion das 1942 und früher erklärt. Es ist naheliegend, dass die arabische Seite fürchtete, dass es mit der Teilung nicht sein Bewenden haben werde. Oder gab es im Herbst 1947 israelische Zusicherungen, die geeignet waren, diese Befürchtung zu zerstreuen?)

Historisch nicht zur Gänze zutreffend ist unseres Wissens Ihr Satz „*Die Palästinenser lehnten das Angebot ab und entschieden, uns mit Hilfe der ausgerüsteten Armeen der fünf arabischen Nachbarländer ins Meer zu treiben.*“ König Abdullah von Jordanien hatte doch in geheimen Verhandlungen mit der israelischen Seite geäußert, nur die Herrschaft über den arabisch besiedelten Teil Palästinas zu wollen – und er hat sich im Krieg entsprechend verhalten.<sup>1</sup>

Ad 2: Sie schreiben: „Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstand durch diesen Krieg [von 1948].“ Dieser Satz stimmt dem „Großen Ploetz“, einer allgemein anerkannten Enzyklopädie, zufolge nur teilweise. Er klammert aus, dass der Angriff

---

<sup>1</sup> Wir stützen uns bei dieser Einschätzung auf: Avi Shlaim, *Collusion Across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine*, 1988.

jüdischer Untergrundgruppen auf das arabische Dorf *Deir Jasin* bereits im April 1948, also Wochen vor dem Angriff der arabischen Staaten am 15. Mai, eine Massenflucht auslöste, und dass viele Palästinenser wie u.a. Ihre Landsleute Benny Morris und Ilan Pappé nachgewiesen haben, nicht freiwillig geflohen sind, sondern vertrieben wurden.<sup>2</sup> Auch scheint es eine bewusste Entscheidung der jungen israelischen Regierung gewesen zu sein, nach Kriegsende die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht wieder ins Land zu lassen. Und *wenn* von den Arabern die Akzeptanz der Teilungsempfehlung der UN-Generalversammlung vom 29.11.1947 zu verlangen war, dann auch von der israelischen Regierung die Realisierung der jährlich bekräftigten, von Israel beim UN-Beitritt 1949 akzeptierten Resolution 194 vom 11. Dezember 1948, die das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge und Vertriebenen der Region, gleich welcher Nationalität und welchen Glaubens, fordert.

Wir möchten aber noch einmal bekräftigen, dass gegenseitige Unrechtsaufrechnungen die Situation nicht verbessern können. Selbstverständlich können Sie den Hinweis auf *Deir Jasin* (oder auf die jüdischen Angriffe auf Einrichtungen der widerstrebenden britischen Mandatsmacht) mit einem vorangehenden Angriff arabischer Widerstandskämpfer beantworten, und vice versa zurück bis ins 19. Jahrhundert. Eine tragfähige, zukunftsorientierte Lösung kann nur auf anderem Wege gefunden werden.

Ad 3: Wir stimmen mit Ihnen überein, dass das Flüchtlingselend der Palästinenser nicht *allein* aus dem Holocaust resultiert. Unsere Absicht war auch nicht historiographischer Art, das hätte ein ganz anderes Text-Format erfordert; vielmehr wollten wir einen Kernpunkt ansprechen, der im öffentlichen Diskurs und im Selbstverständnis der *Deutschen* unserer Meinung nach unterbelichtet ist: das von Ihnen unter 1) anerkannte Faktum, dass es letztlich auch der Holocaust war, der „Völker und Staaten davon überzeugte, im Jahr 1947 für die Errichtung eines jüdischen Staates zu stimmen“, auch wenn es unter dem Mantel dieses Konsenses weniger rühmliche Nebenmotive gegeben haben könnte.

Die Integration der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem heutigen Polen und Tschechien nach 1945 in Westdeutschland hatte grundlegend andere Voraussetzungen als die Situation der arabischen Flüchtlinge und Vertriebenen: Deutschland hatte erstens unzweifelhaft einen Angriffskrieg geführt, der rund 20 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion das Leben kostete und große Teile russischen Territoriums verwüstete. Dieser bedrückenden Tatsache konnte sich nach 1945 niemand entziehen. Eine der Folgen war die sog. Westverschiebung der polnischen und deutschen Bevölkerung, Vertreibung und Umsiedlung mehrerer Millionen Menschen. Sie wurde in Polen, aber auch in Deutschland als Folge der deutschen Verbrechen begriffen, zumindest von der großen Mehrheit der Politiker. In Palästina dagegen kam der primäre Angriff auf die seit Jahrhunderten bestehenden Siedlungsverhältnisse aus der Sicht der *Araber* von den Juden, die auf arabischem Territorium einen eigenen Staat für sich beanspruchten. Auch dann, wenn man diesen Vorgang nicht als Angriff auf das damals noch junge arabische Nationalbewusstsein wertet, sind die Handlungen während des Teilungskrieges in keiner Weise mit dem vergleichbar, was sich Deutschland in Polen und Russland hat zu Schulden kommen lassen, selbst wenn man vom Genozid an den Juden sowie an den Sinti und Roma für einen Moment absehen würde (Strategie der verbrannten Erde, Verhungern lassen von Hunderttausenden sowjetischer Gefangener, Terror-

---

<sup>2</sup> Ilan Pappé spricht sogar von planmäßigen ethnischen Säuberungen: Ilan Pappé, *The Ethnic Cleansing of Palestine*, 2006.

herrschaft in Polen, Zwangsarbeit, extrem brutale Niederschlagung des Warschauer Aufstands von 1944 usw.) Es gab im Unterschied zur Situationen in Palästina nach 1948 einfach kaum eine moralische oder gar politische Basis dafür, den ost-deutschen Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat selbst in ferner Zukunft in Aussicht zu stellen.

Zeitgeschichtliche Dokumente zur Beurteilung der Lage der deutschen Flüchtlinge in den ersten Jahren nach Kriegsende zeigen übrigens, dass die Bereitschaft der westdeutschen *Bevölkerung*, Flüchtlinge und Vertriebene zu integrieren, sehr niedrig war. Sie wurden in einigen Regionen ähnlich betrachtet und mit vergleichbaren Etiketten belegt wie heute teilweise die in Deutschland lebenden Migranten und von mindestens 15 % der deutschen Bevölkerung noch immer (es ist eine Schande!) die Juden. Aber wahrscheinlich wäre es möglich gewesen, mit stärkerer arabischer Hilfe das Los der palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern zu lindern. Es nicht zu tun, war zweifellos ein bewusster politischer Akt auf Kosten unschuldiger Menschen, den wir so wenig billigen möchten wie Sie. Bei dieser Bewertung ist allerdings zu berücksichtigen, dass wiederum laut Ploetz, um eine allgemein anerkannte Quelle zu zitieren, im Jahre 1978 von insgesamt 1,75 Mio zu diesem Zeitpunkt registrierten Flüchtlingen immerhin 880.000, also gut die Hälfte, in das Wirtschaftsleben der arabischen Länder voll integriert waren – angesichts der im Gegensatz zu Deutschland schwachen Industrialisierung dieser Länder eine Leistung, die Anerkennung verdient.

Ad 4: Das „Existenzrecht Israels“ wurde unseres Wissens auf saudische Initiative hin unter der Bedingung, dass Israel sich auf die Grenzen von 1967 beschränkt, von den Staaten der Arabischen Liga im Jahre 2002 ausdrücklich anerkannt. Die völkerrechtliche Anerkennung Israels in diesen Grenzen durch die große Mehrheit der Staatengemeinschaft steht ohnehin nicht zur Debatte. Die Freundschaft, von der wir in unserem Text sprechen, setzt diese Anerkennung selbstverständlich voraus. Dass die Hamas, die zu einer solchen Anerkennung bisher leider nicht bereit war, bei den letzten Wahlen in Palästina die Mehrheit bekam, hat unseres Wissens viele, sehr heterogene Gründe, unter anderem den durch Korruption gekennzeichneten Umgang mit den Staatseinnahmen des Autonomiegebietes. Es wäre daher unangemessen, die Wahl als Volksabstimmung über Anerkennung oder Nicht-Anerkennung Israels zu werten. Vor einer solchen Volksabstimmung wäre unseres Erachtens dafür zu sorgen, dass die explizite Anerkennung Israels erkennbare Vorteile für die Bewältigung des täglichen Lebens in Palästina und die Zukunft eines lebensfähigen palästinensischen Staates bietet. Wir sind nach allen uns zugänglichen Quellen davon überzeugt, dass unter diesen Bedingungen eine deutliche Mehrheit sich für eine Anerkennung Israels aussprechen könnte, und zwar unabhängig davon, wie die Hamas sich dann positioniert. Wir würden eine solche, unter internationaler Aufsicht durchgeführte Volksabstimmung (der eine entsprechende Volksabstimmung in Israel über die Anerkennung eines palästinensischen Staates folgen oder noch besser vorangehen könnte) unter im einzelnen auszuhandelnden Voraussetzungen befürworten und deutsche Unterstützung dafür anmahnen.

Einzelne auf Gewalt setzende Gruppen würden sicher auf beiden Seiten versuchen, eine solche Abstimmung zu sabotieren und ihr Ergebnis missachten. Dennoch wäre den Gewaltstrategien damit die entscheidende Legitimation entzogen, ein wesentlicher Schritt! Auf die Dauer wird auch die Hamas, will sie ihre Stellung in der palästinensischen Gesellschaft wahren, Israel in diesen Grenzen, und wenn es seinerseits die Besatzung beendet und die Hoheitsrechte Palästinas respektiert,

anerkennen müssen. (Der Nordirlandkrieg oder der salvadorianische Bürgerkrieg sind Beispiele dafür, dass auch äußerst militante Gruppen sich irgendwann der Friedenssehnsucht der Bevölkerung beugen.) Signale in diese Richtung gab es ja schon. So wurde von der Hamas bzw. ihrem Chefberater Ismael Hanija Ahmed Yousef laut New York Times vom 1. 11. 2006 eine „hudna“ ins Spiel gebracht, ein Vorschlag zu einem umfassenden Waffenstillstand, der „die Parteien [verpflichtet], während dieser Zeit (etwa 10-Jahre) nach einer dauerhaften, gewaltlosen Lösung ihrer Differenzen zu suchen.“

Sie schreiben: *„Obgleich Israel schon fast 60 Jahre existiert und als regionale Supermacht gilt und obwohl die palästinensische Bevölkerung andererseits keine Möglichkeit hat, Israel militärisch zu besiegen, ist die Mehrheit der Palästinenser heute genauso wenig wie vor 58 Jahren bereit, das Existenzrecht Israels im Nahen Osten anzuerkennen.“* Ein Grund für die Veröffentlichung unserer Überlegungen ist genau dieses: Alle auf primär militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen, in der Moderne noch mehr als in früheren Jahrhunderten, das ergibt sich jedenfalls aus den Befunden der Friedens- und Konfliktforschung. Letztlich werden andere, nicht-militärische Faktoren über Israels Zukunft entscheiden, unter anderem die Bereitschaft Israels, im Falle einer friedlichen Lösung dem dann existierenden Staat Palästina wirtschaftliche und technologische Hilfe zu leisten.

Ad 5: Viele von uns kannten Arafats Rede in Johannesburg von 1994 nicht. Seine Doppelzüngigkeit ist abscheulich. Aber sie ist zugleich nicht so außergewöhnlich, wenn wir an die europäische Geschichte denken, ist also keineswegs aus einem angenommenen arabischen Nationalcharakter oder muslimischer Tradition erklärbar. Friedensschlüsse sind nur allzu oft Kompromisse, die zähneknirsch eingegangen werden in der Hoffnung auf spätere Revision unter günstigeren politischen Umständen. Es kommt wesentlich darauf an, ob a) auf den Friedensschluss eine für die Bevölkerung positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie internationale Anerkennung folgt, die die Revisionsträume verblassen lässt. Der „Tag der Rache“ wird dann der St. Nimmerleinstag, und der Rest wird hohle Rhetorik zur Beruhigung der immer vorhandenen widerstrebenden Geister in den eigenen Reihen. Allerdings muss b) eine aktive Begegnungs- und Versöhnungsarbeit hinzukommen, so die deutsche Erfahrung insbesondere mit Frankreich, Polen und Tschechien. Wir haben seinerzeit mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die israelische Gewerkschaft ha' Histadrut zwischen 1994 und 2000, bis zur zweiten Intifada, mit staatlicher Unterstützung zahlreiche Begegnungen zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen organisiert hat, und einige von uns haben sie in der Endphase dabei unterstützt. Hier wäre wieder anzuknüpfen.

Ad 6: Ihr Bekenntnis *„Wir fürchten uns! Wir fürchten uns sehr“* ist der Satz Ihrer Antwort, der uns am meisten berührt und erreicht hat. Wir glauben Ihnen und nehmen Anteil daran! Es muss furchtbar sein, unter solchen Umständen leben zu müssen – und das nach der Erfahrung des Holocaust. Sie wird, daran haben wir keinen Zweifel, mit jeder auf Israel abgeschossenen Rakete und mit jedem Attentat wieder aufgerufen – unvermeidbar und schrecklich. Israel (und Palästina nicht weniger) braucht alltägliche Sicherheit, soweit diese unter modernen Bedingungen überhaupt erreichbar ist. Darin haben wir Konsens. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die relative Sicherheit, die wir in Europa derzeit genießen (die Massaker von London und Madrid haben uns gezeigt, wie relativ sie ist), auch im Nahen Osten einkehrt.



Mit großer Besorgnis sehen wir jedoch, dass die Reise derzeit in die entgegengesetzte Richtung zu gehen scheint, wenn wir die Informationen, die aus Tel Aviv, Teheran, Washington und London zu uns dringen, richtig deuten. Wir haben in unserem Manifest deshalb nicht zum Iran Stellung genommen, weil wir den Text auf den Kernpunkt der Beziehung zwischen Deutschland und Israel sowie Palästina beschränken und nicht auf die gesamte Nahostproblematik ausweiten wollten. Keine Frage, dass die Rhetorik der iranischen Mullahs seit den 60er Jahren bedrohlich und zu verurteilen ist. Wir haben großes Verständnis dafür, dass Israel darauf empfindlich reagiert. Allerdings sind wir überzeugt, dass ein Militärschlag gegen Iran der falsche Weg wäre, dieser potentiellen Bedrohung zu begegnen. Er wird die Sicherheitslage – nicht nur im Nahen Osten – noch einmal und noch dramatischer verschlechtern als der sog. Präventivkrieg gegen und in Irak. Und er wird nach allgemeiner Einschätzung die Fähigkeit des Iran, Atomwaffen zu produzieren, nur um wenige Jahre verzögern, stattdessen aber das längst überfällige Mullah-Regime über Jahre hinaus festigen. Aus unserer Sicht wäre es erfolgversprechender, gegenüber dem Iran eine ähnliche Strategie zu fahren wie seinerzeit gegenüber Libyen, dessen „Revolutionsführer“ Ghaddafi ebenfalls den Mund sehr voll genommen hatte. Heute kooperiert dieser Staat mit dem Westen, und niemand wird mehr behaupten, dass eine akute Bedrohung von ihm ausginge. (Wir verweisen dazu auf eine Studie von Harald Müller, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Frankfurt/a.M., die zeigt, dass es gerade *nicht* militärischer Druck war, der zu diesem Ergebnis führte.<sup>3</sup>)

Aus eben diesem Grunde sind wir in unserem Text auch nicht auf die Rolle Syriens und die Problematik der Golanhöhen eingegangen. Wir glauben jedoch Anzeichen dafür zu sehen, dass Syrien an einer Friedensvereinbarung mit Israel, so wie sie mit Ägypten und Jordanien vollzogen wurde, höchst interessiert ist, vielleicht auch um sich dem iranischen Einfluss entziehen zu können. Je länger die israelisch-palästinensische Konfrontation andauert, um so größer wird die Gefahr, dass die islamistisch-fundamentalistischen Kräfte in diesen Ländern an Einfluss gewinnen und die Konfliktlage noch brisanter machen. Deshalb bedauern wir, dass die ersten Vereinbarungen auf nachgeordneter Ebene, über die vor einiger Zeit in der Presse berichtet wurde, bisher von der israelischen Regierung nicht aufgegriffen wurden. Allein auf die amerikanische Unterstützung zu setzen, halten wir für einen Fehler. Es könnte der Tag kommen, an dem die weltweite und die inneramerikanische Entwicklung die USA dazu veranlassen, ihre derzeit bedingungslos erscheinende Unterstützung Israels wieder zu relativieren.

Die al-Qaida ist unseres Wissens bisher im Nahen Osten, außer im Irak, und dies erst *nach* Intervention der USA und ihrer Verbündeten, nicht in nennenswertem Umfang aktiv geworden. Der drohende Zugriff der islamistischen Kräfte Pakistans auf die pakistanischen Atomwaffen ist wahrscheinlich nicht durch eine Politik zu stoppen, die in der muslimischen Welt als islamfeindlich wahrgenommen wird, im Gegenteil. Generell wäre eine atomwaffenfreie Zone, verbunden mit einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der KSZE, die den gesamten Nahen und Mittleren Osten umfasst, aus unserer Sicht die beste Lösung dieser Probleme. Sie müsste natürlich auch Israel einschließen.

Ad 7: Ihr Misstrauen gegen Europa ist angesichts der über Jahrhunderte andauernden europäischen Judenverfolgungen und Antisemitismus nur allzu ver-

---

<sup>3</sup> Harald Müller, Libyens Selbstentwaffnung. Ein Modellfall?, HSKF Report 6/2006, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt/a.M., <http://www.hsfk.de>

ständig. Wir haben in unserem Text ja explizit, wenn auch nur kurz, auf diese Vorgeschichte des Holocaust verwiesen, die auf keinen Fall ausgeklammert werden darf. Und wir bedauern sehr, wie unsere Vorfahren hervorragende Lehrer der Gleichberechtigung, Toleranz und Weltoffenheit wie Moses Mendelssohn gedemütigt haben. Für Friedrich II. von Preußen sollte allein schon deshalb, weil er die Juden von seiner viel gerühmten Toleranzpolitik ausgenommen hat, der Beiname eines „Großen“ ein für allemal gestrichen werden.

Auch wir wünschen uns eine noch aktivere europäische Politik gegenüber dem Iran. Allerdings sind zwei erfolgreiche europäische Versuche, den Iran zu einem Kompromiss zu bewegen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und während der Verhandlungen auf die Fortsetzung der Uran-Anreicherung zu verzichten – und das war mehr als ein Protestschreiben! – von der US-Regierung torpediert worden. Israel zu isolieren wäre aus unserer Sicht weder moralisch vertretbar noch politisch vernünftig. Israel macht es aber mit seiner Palästina-Politik, den nach Besatzungsrecht illegalen jüdischen Siedlungen und ihrer Bevorzugung in jeder Hinsicht – insbesondere den seit Oslo errichteten –, den täglichen Arbeiterschwernissen, endlosen Wartezeiten an den Checkpoints, der Verzögerung von Krankentransporten, den Autostraßen nur für Juden usw. ungeheuer schwer, diesem von Ihnen wahrgenommenen Isolationstrend entgegenzutreten. Ein großzügiges Zeichen, dass diese Politik beendet werden soll, könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus dieser Isolierung sein.

Ad 8: Sie haben aus unserem Text den Eindruck gewonnen, dass für uns die „ganze antisemitische Vergangenheit [Deutschlands] (noch vor dem Holocaust) eigentlich nicht existierte.“ In diesem Punkt sehen wir uns von Ihnen missverstanden. Wir sind uns (und meinten das auch ausgedrückt zu haben) der antijüdischen und – seit Ende des 19. Jhd. – antisemitischen Traditionen und der diesbezüglichen Schuld vieler deutscher Personen und Institutionen lange vor dem Nationalsozialismus voll bewusst. Ein Leitmotiv für unser politisches Handeln in den vergangenen Jahrzehnten war daher der Kampf gegen den Antisemitismus und jede andere Ausprägung des Rassismus und der religiösen wie politischen Intoleranz. Dazu gehörte auch die Beschäftigung mit der Geschichte des Antisemitismus weit vor Beginn der faschistischen Epoche, auch wenn manche von uns und vermutlich der größere Teil der deutschen Bevölkerung sie zugegebenermaßen bei weitem nicht mit der Intensität betrieben haben, die geboten wäre. Das eindrucksvolle jüdische Museum in Berlin und andere Einrichtungen dieser Art sind wesentliche Schritte, um auch in dieser Hinsicht breitenwirksam Aufklärung zu betreiben.

Selbstverständlich kann keine Entschädigungsleistung die Vergangenheit kompensieren. Wir stimmen Ihnen zu: Israels Bereitschaft, schon so bald nach dem grauenhaften Völkermord an den europäischen Juden mit Deutschland zusammenzuarbeiten, war eine gerade auch für Deutschland und die Deutschen wichtige, historische Entscheidung und darf nicht vergessen werden. Es tut der Würdigung dieser Bereitschaft keinen Abbruch, dass auch der junge Staat Israel mit dieser Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland legitimerweise zugleich eigene, nicht ganz unähnliche Interessen verband – beiden jungen Staaten ging es um internationale Anerkennung.

Wir wollen die Freundschaft mit Israel nicht aufkündigen. Wir wollen nicht leugnen, dass Deutschland dieser Freundschaft viel zu verdanken hat. Wir wollen die Freundschaft mit Israel vielmehr bekräftigen, indem wir ein Verständnis von Freundschaft in Frage stellen, das unseres Erachtens ihrer produktiven Weiterentwicklung,

dem Frieden im Nahen Osten und zugleich einer weltweiten Humanisierung der Politik entgegensteht. Darüber, dass die Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen im Inneren Deutschlands und damit Europas hohe Priorität haben muss, sind wir mit Ihnen einig.

Es tut uns leid, dass unsere Erwähnung der von den Nationalsozialisten vertriebenen Intellektuellen als Versuch missverstanden werden konnte, sie zu „rekrutieren“, „um die palästinensische Seite zu rechtfertigen.“ Wir schätzen das große Erbe jüdischer Intellektualität, ohne das die deutsche und internationale Kultur um so viel ärmer wäre. Dies klar zu sagen, war uns auch deshalb wichtig, um Zustimmung von der falschen, von jeher antijüdischen deutsch-nationalen und rechtsextremen Seite zu vermeiden. Natürlich wollten wir den jüdischen Verfolgten des Naziregimes nicht unterstellen, etwa die Politik und die low intensity-Kriegführung der Hamas zu rechtfertigen, die zu ihrer Zeit noch gar nicht existierte. Aber erstens gibt es auch andere, auf *Versöhnung* ausgerichtete Kräfte, also nicht nur *eine* „palästinensische Seite“. Z. B. riefen palästinensische Intellektuelle am 17. 6. 2006 öffentlich in „Al-Quds“ auf, die Selbstmordanschläge zu beenden und forderten dringend eine Reform der palästinensischen Politik. Und zweitens können wir uns in der Tat nicht vorstellen, dass diese großen Geister einer Politik der kollektiven Bestrafung, Demütigung, Behinderung, Verletzung von Besatzungsrecht und Verdrängung je hätten zustimmen können. Wo finden sich in den Schriften der genannten und vieler nicht genannter jüdischer Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler und Musiker Äußerungen, auf die sich eine solche Politik berufen könnte?

Ad 9: Es ist richtig: Der jüdisch-palästinensische Konflikt wurde nicht durch die Immigration deutscher Juden ab 1930 ausgelöst. Das haben wir auch nicht behauptet. Vielmehr haben wir erstens geschrieben, dass die jüdische Emigration aus Europa Folge des europäischen Antisemitismus war, und zweitens, dass die extremste Form dieser unseligen Tradition, der Nationalsozialismus, die Einwanderung verstärkt hat. Wir lassen uns gern korrigieren, dass die uns bisher zugänglichen Zahlen untertrieben waren. Aber auch mit 350.000 (statt 160.000) jüdischen Siedlern hätte kein Staat errichtet werden können, zumindest nicht mit internationaler Zustimmung und Unterstützung. Insofern sind der israelisch-palästinensische Konflikt und das Elend der Palästinenser zu einem Teil (über dessen Größe man streiten mag) auf die schrecklichen Entwicklungen im Deutschland der 30er und 40er Jahre zurückzuführen. Deutsche Vermittlungsschritte im Nahen Osten sind nicht nur mit dieser Einsicht zu begründen, sie wären sinnvoll, auch wenn es diesen Hintergrund nicht gäbe. Aber als Deutsche können und wollen wir davon nicht einfach absehen. Dass Sie bereit sind, angesichts der Geschichte ausgerechnet von Deutschland solche Vermittlungsversuche zu akzeptieren, kann gar nicht genug gewürdigt werden und stellt eine echte positive Herausforderung dar. Wir versuchen, durch Beteiligung an der öffentlichen Debatte das Unsere dazu beitragen, dass die deutsche Außenpolitik alles von hier aus Mögliche tut, um die von Ihnen zum Schluss genannten Organisationen und den Iran dazu zu bewegen, den Staat Israel in den Grenzen von 1967 (eventuell mit wechselseitig verabredeten Korrekturen) anzuerkennen. Eine solche Anerkennung wird nach unserer Einschätzung jedoch nur dann zu erreichen sein, wenn sich Israel davon überzeugen lässt, dass die nach Oslo weiterhin verfolgte Politik partieller Annexionen und partieller Verdrängung der Palästinenser diesem Ziel diametral entgegensteht. Deutsche Politik muss, wenn sie einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten will, und das sollte sie unserer Meinung nach, den Dialog beharrlich mit *beiden* Seiten führen.

Auch wir grüßen Sie voller Hochachtung.

gez. *Dieter Arendt, Detlev Bald, Jörg Becker, Johannes Maria Becker, Hanne Margret Birckenbach, Tilman Evers, Marianne Gronemeyer, Reimer Gronemeyer, Karl Holl, Karlheinz Koppe, Gert Krell, Georg Meggle, Hannah Reich, Werner Ruf, Hajo Schmidt, Reiner Steinweg, Helmut Thielen, Christian Wellmann, Wolfram Wette*

### III.

An  
Herrn Dr. Reiner Steinweg  
Reiner.steinweg@liwest.at  
und an alle anderen Autoren des „Manifests der 25“

19 July 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre gemeinsamen Anstrengungen beim Verfassen der Antwort auf meine Reaktion zum obenerwähnten Manifest und dafür, daß Sie sich die Mühe genommen haben, mit gebührendem Ernst auf die ungelösten Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts einzugehen. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß unser Briefwechsel – besonders seit der Veröffentlichung des ausführlichen Werks von Prof. Georg Meggle – in Israel breite Beachtung findet. Der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung [in Israel], Hermann Bünz, und die Stiftungsleitung verfolgen unseren Meinungs austausch mit großem Interesse. Herr Bünz möchte der Diskussion einen breiteren Rahmen geben und Vertreter ihrer Gruppe zur Fortsetzung des Dialogs nach Israel einladen.

Ich bitte Sie um Verständnis für die Verzögerung meiner jetzigen Reaktion auf Ihr Antwortschreiben. Da ich einerseits die deutsche Sprache nicht genügend beherrsche und andererseits kein einziges Detail Ihres Briefes verpassen wollte, war ich gezwungen, ihn zuerst ins Hebräische zu übersetzen. Auch meine jetzige Antwort habe ich auf Hebräisch formuliert und danach ins Deutsche übersetzen lassen.

Leider beruhen Ihre Antworten teilweise auf ungenauer Kenntnis der Tatsachen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß Akademiker und Wissenschaftler Ihres Ranges sich zuerst eingehend mit den Fakten befassen, bevor sie daraus Schlußfolgerungen ziehen und politisch Stellung nehmen, obliegt Ihnen doch die Ausbildung der nächsten Wissenschaftler- und Politikergeneration. Auf Ihnen lastet somit die historische Verantwortung dafür, Ihren Schülern die exakten Fakten vorzulegen. Sie räumen selbst ein, daß Ihnen „Manches nicht klar war“. Es wäre somit sicherlich empfehlenswert gewesen, vor der Veröffentlichung Ihres Manifests den Fakten auf den Grund zu gehen.

Um den Rahmen unserer Diskussion beizubehalten, möchte ich Ihre Punkte ebenfalls der Reihe nach beantworten:

#### **Zu Punkt 1:**

Ihrem Wunsch entsprechend, Sie über Irrtümer bei der Erwähnung von Tatsachen aufzuklären, möchte ich einige Grundannahmen korrigieren, worauf Ihre Antwort zu diesem Punkt beruht:

- In der Tat sah der UN-Beschluß vom 29. November 1947 (UN-Resolution 181) die Bildung eines jüdischen Staates auf 55% des Territoriums von Palästina (27.000 Km<sup>2</sup>) vor, doch bei 9.600 Km<sup>2</sup> von 15.000 Km<sup>2</sup>, die Israel zugesprochen wurden, handelte es sich um unfruchtbare Wüste (Negev), während sämtliche für den arabischen Staat vorgesehenen Gebiete (12.000 Km<sup>2</sup>) von arabischer Bevölkerung besiedelt und landwirtschaftlich genutzt wurden. Zudem mußten beide Staaten gut 2.000 Km<sup>2</sup> für eine Zone unter UN-Verwaltung abtreten (Jerusalem, Bethlehem und umliegende Dörfer).
- Sie betrachten Palästina als arabisches Territorium, wovon nur 6% in jüdischem Besitz war. In Wirklichkeit war mehr als 80% des Territoriums von Palästina Staatsland, d.h. zuerst Herrschaftsgebiet des osmanischen Reichs und später unter britischer Mandatsverwaltung. Diese Ziffer schließt auch das Land mit ein, das die jeweiligen Landesherren arabischen Landwirten pachtweise zur landwirtschaftlichen Nutzung überließen – sogenanntes Miri-Land. Leider blieb jüdischen Landwirten diese Art von Landpacht verwehrt.
- Die israelische Führung hat niemals Anspruch auf ganz Palästina erhoben. Das Gegenteil trifft zu: Bereits 1935 beschloß die dominante [jüdische] Partei in Palästina, die *Miflegeth Poalei Eretz-Israel* [„Arbeiterpartei Palästinas“] die Teilung des Landes zwischen beiden Völkern vorzuschlagen. Dieser Beschluß wurde 1942 von der Führung der weltweiten zionistischen Bewegung auf einer Sonderkonferenz in der amerikanischen Stadt Baltimore bestätigt und ist seither als *Baltimoreplan* bekannt.  
Diese Position, auf der auch die Bereitschaft Israels zum Rückzug auf die Grenzen von 1967 (gegen echten Frieden) beruht, wurde von den israelischen Regierungen sowohl unter der Führung der Arbeitspartei als auch unter Herrn Ariel Scharon (Likud) bestätigt, der sich für „zwei Staaten für zwei Völker“ entschied. Sie kommt in der Bereitschaft Israels zum Ausdruck, die UN-Resolution 242 vom 22. November 1967 zu akzeptieren, genau wie sie zuvor den Teilungsplan (Resolution 181) akzeptiert hat, und wie sie der *Roadmap* verpflichtet ist, obschon sie von arabischer Seite beharrlich abgelehnt wird.  
Diese Position wurde in den 19 Jahren zwischen 1948 und 1967 verschiedentlich unter Beweis gestellt. In jenem Zeitabschnitt war Israel zu einem Friedensabkommen mit den arabischen Staaten bereit (ein palästinensisches [politisches Gemein-]Wesen gab es damals noch nicht) und zwar auf der Grundlage der Grenzen von 1949 mit Ostjerusalem als Hauptstadt des arabischen Staates. Die arabischen Staaten, allen voran Ägypten und Jordanien, die den Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem kontrollierten, lehnt dieses Angebot ab. Gleichzeitig erwogen sie nicht, in diesen Gebieten die Gründung eines palästinensischen Staates zuzulassen. Statt dessen setzten diese Staaten (inklusive Syrien und Irak) auf eine „zweite Runde“ gegen Israel mit dem Zweck „seine Bewohner ins Meer zu werfen“. Ich hoffe, Sie stimmen mir zu, daß der Krieg von 1967 aufgrund militärischer Aktivitäten der arabischen Seite ausbrach (Ausweisung der UN-Truppen, Sperrung der Meerenge von Tiran, ägyptische Truppenverlegungen auf die Sinaihalbinsel und Einnahme von Angriffsstellungen, jordanische und syrische Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Israel) und nicht aufgrund israelischer Eroberungsgelüste.
- Die Nachsicht und das Verständnis, das sie dem Beschluß von König Abdullah entgegenbringen, gegen den Jischuw [die jüdische Gemeinschaft Palästinas] in den

(wenn auch laut seiner Behauptung beschränkten) Krieg zu ziehen, kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Golda Meir hat König Abdullah tatsächlich vor dem 15. Mai 1948 in seinem Palast besucht und ihn gebeten, sich aus dem Krieg herauszuhalten. Doch er lehnte ab (mit der Begründung, die „arabische Solidarität“ zwinge ihn dazu, am Krieg teilzunehmen). Seine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee marschierte dann unter Führung britischer Offiziere in Palästina ein, stieß bis nach Jerusalem vor, trennte die Stadt von den küstennahen Gebieten ab und hoffte, die Zivilbevölkerung durch Aushungerung (Unterbrechung der Versorgungskolonnen von der Küstenregion), durch die Unterbrechung der Wasserversorgung (Unterbrechung der lebenswichtigen Wasserpipeline von der Küstenebene), durch die Besetzung und Zerstörung der jüdischen Ansiedlungen in der Peripherie (Gusch Etzion, jüdisches Quartier in der Jerusalemer Altstadt) sowie durch die Tötung Hunderter Zivilisten durch anhaltende Bombardierung verschiedener Stadtviertel zur Aufgabe zu bewegen.

Und Sie zögern nicht zu schreiben, daß Sie „Verständnis“ haben für ihn und seinen Beschluß, das Westjordanland in sein Königreich einzuverleiben! Wer gab ihm das Recht, in jene Gebiete Palästinas einzufallen, die die Vereinten Nationen dem arabischen Staat zuteilten? Wer ermächtigte ihn dazu, diese Gebiete 19 Jahre lang unter seiner Kontrolle zu behalten ohne den Palästinensern die Möglichkeit zu geben, dort ihren Staat zu gründen? Und woher die Rechtfertigung des Beschlusses eines arabischen Herrschers, Israel ohne jede Provokation seitens dieses Staates anzugreifen?

- Soweit meine Anmerkungen punkto Korrektur unrichtiger Fakten in Punkt 1 Ihrer Antwort. Doch dieser Punkt enthält noch einen äußerst unerfreulichen Satz. Sie behaupten: „Wenn wir uns in die Lage der Palästinenser und der Araber insgesamt hineinversetzen, können wir verstehen, wenn auch nicht billigen, daß sie sich der Empfehlung der UN-Generalversammlung widersetzt haben.“ In meinen obigen Ausführungen habe ich Ihre Argumente, weshalb dem arabischen Standpunkt „Verständnis“ entgegenzubringen sei, bereits widerlegt. Sie **rechtfertigen** den arabischen Angriff gegen die kleine jüdische Gemeinschaft [Palästinas] und später gegen den eben erst gegründeten Staat Israel. Hinsichtlich der Angriffe der arabischen Seite auf Israel zeigen sie „Verständnis“, was hingegen Israel und seine klaren Positionen punkto Bedingungen für ein Friedensabkommen mit den Palästinensern anbetrifft (zuallererst Stop des Terrors), halten Sie es für richtig, diesem Staat Moral zu predigen, wie folgendes Beispiel (in Punkt 4) zeigt: „Alle auf primär militärische Macht gestützte Sicherheit steht auf tönernen Füßen“ (??) Ohne diese militärische Macht, die wir nach dem UN-Beschluß von 1947 erfolgreich aufgebaut und damit die arabischen Angriffe zurückgeschlagen haben, wären die Staaten der Welt (zum zweiten Mal in drei Jahren!) gezwungen gewesen, Schiffe an die Ufer Palästinas zu entsenden, um die letzten Reste der jüdischen Bevölkerung zu evakuieren, die das große Massaker überlebt hätten, das die Verbände der Palästinenser und der in Israel eingefallenen arabischen Staaten angerichtet hätten!

### Zu Punkt 2:

Auch Ihre Anmerkungen zu diesem Punkt stützen sich auf unvollständig wiedergegebene Tatsachen. Hier die vollständige Darstellung:

Der Krieg gegen den Jischuw begann am 30. November 1947 (und nicht am 15. Mai 1948). Er brach einen Tag nach dem UN-Beschluß aus und nachdem der palästinensische UN-Delegierte Achmed Schukeiri erklärte, jedes Wort in jenem UN-Beschluß werde mit dem Blut der Juden ausradiert. An jenem Tag starben sieben unschuldige jüdische Zivilisten, die in einem Bus neben der Stadt Lod unterwegs waren. Von da an und bis zum Tag des tragischen Zwischenfalls in Deir Jassin (April 1948) starben Tausende Juden durch Palästinenser – bei Angriffen auf jüdische Siedlungen, Viertel und Verkehrsmittel. Es handelte sich um einen irregulären Bürgerkrieg unter Teilnahme der Bewohner arabischer Dörfer und der arabischen Stadtjugend, die in Hunderten von organisierten Gruppen über ihre jüdischen Nachbarn herfielen.

Ein Beispiel: Als sich Lastwagenkolonnen beladen mit Lebensmitteln auf den beschwerlichen Weg nach Jerusalem machten, gaben die Bewohner umliegender arabischer Dörfer einander Signale (*Fazaa* – arab. für Hilferuf im Kriegsfall), worauf sie sich zu Hunderten auf die Lauer legten und das Feuer auf die Kolonnen eröffneten, die sich auf der schmalen Straße nur langsam fortbewegen konnte. Zurück blieben ausgebrannte und geplünderte Lastwagenwracks und Dutzende von Toten. Es handelte sich also um einen Krieg zwischen den Bewohnern benachbarter arabischer und jüdischer Dörfer, zwischen Bewohnern angrenzender arabischer und jüdischer Stadtviertel. Als die jüdische Seite die Oberhand gewann und ein solches arabisches Dorf, das gegen die Juden aktiv gewesen war, unter seine Kontrolle brachte, ist es verständlich, daß dessen Bewohner aus Furcht vor Vergeltung flüchteten. Es gab auch Fälle, in denen die Ortsbewohner als Strafe für die Teilnahme an feindlichen Militäraktionen vertrieben wurden (man darf nicht vergessen, daß bis Mai 1948 der Krieg zwischen Bürgern beider Seiten und nicht zwischen regulären Armeen geführt wurde).

Erst als die palästinensische Führung einsah, daß der irreguläre Krieg, den sie gegen den Jischuw angezettelt hatte, verloren war, rief sie die arabischen Staaten zur Hilfe.

Die Niederlage, die die arabische Gemeinschaft im Krieg hinnehmen mußte, den sie gegen ihre jüdischen Nachbarn angezettelt hatte, führte also zur Flucht all jener, die sich vor Strafe fürchteten. Ein anderer Teil dieser Bevölkerung folgte den Befehlen ihrer Führung, ihre Dörfer und Häuser in den Städten vorübergehend zu räumen, um die einmarschierenden arabischen Armeen nicht bei der physischen Vernichtung des Jischuws zu „stören“. Tatsache ist, daß Dörfer, die sich nicht am Krieg beteiligten wie etwa das Dorf Abu Gosh bei Jerusalem, oder Tausende von Haifas Stadtbewohnern, die dem Aufruf ihrer jüdischen Nachbarn folgten, in ihren Häusern zu bleiben und nicht zu flüchten, unversehrt blieben. So verhielt es sich auch später, als die reguläre Armee des Staates Israel die arabischen Armeen schlug, und diese sich hinter die Grenzen zurückzogen: Jedes Dorf, das sich ergab (vor allem im nördlichen Galiläa) und sich nicht an den Kämpfen beteiligte – blieb bestehen. Daher die hohe arabische Siedlungsdichte im oberen Galiläa und entlang der ehemaligen Grenze zu Jordanien.

Und was die Forderung nach Rückkehr dieser Flüchtlinge an ihre Wohnorte auf israelischem Hoheitsgebiet betrifft: Sie ist, meines Erachtens, nicht vergleichbar mit dem deutschen Flüchtlingsstrom aus den Sudeten und aus Schlesien nach 1945 oder aus dem Dongebiet nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – und der Übersiedlung nach Deutschland. Die deutschen Flüchtlinge kehrten in ihre Heimat zurück, zu ihrer Muttersprache und zu der Umgebung, in der ihre Vorfahren geboren waren, die später ostwärts zogen. Bei den arabischen Flüchtlingen handelt es sich hingegen um eine feindliche Gemeinschaft, die nach wie vor auf die Liquidierung des (von der UN gebilligten) Staates Israel als jüdischen Staat und dessen Umwandlung in einen binationalen Staat mit Aussicht auf eine erneute arabische Mehrheit wegen des hohen natürlichen Bevölkerungswachstums [des arabischen Bevölkerungsteils] hofft.

Die Rückkehr dieser Flüchtlinge hätte insofern einen sofortigen politischen Effekt, als sie sich als innere Kraft zur Aufhebung des jüdischen Charakters des Staates Israel auswirken würde. Zur Veranschaulichung der politischen und nationalen Bedrohung, die mit der Rückkehr dieser Flüchtlinge ins israelische Kernland verbunden wäre, genügt es, auf den derzeitigen Wandel der arabischen Minderheit im Land hinzuweisen, der sich immer mehr von den jüdischen Mehrheit abspaltet. Die arabische Bevölkerung sieht sich nicht mehr als arabisch-israelische Staatsbürger, sondern als palästinensische Araber und fordert die Anerkennung als separate nationale Minderheit und die Umwandlung des Staates Israel in einen „Staat aller Bürger“, d.h. die Aufhebung seines jüdischen Charakters.

Einen solchen Vorschlag zu akzeptieren, käme dem Selbstmord gleich, und bei allem Respekt für Ihre Standpunkte – noch sind wir nicht bereit, als souveränen jüdischen Staat Selbstmord zu begehen. Zudem: Nachdem die Versuche der arabischen Staaten Israel militärisch zu liquidieren, gescheitert waren, begannen sie damit, die jüdischen Minderheiten, die Jahrtausende in ihrer Mitte lebten, zu terrorisieren und sie zum Sündenbock für ihre Niederlage im Krieg zu stempeln. Das erste Pogrom gegen syrische Juden ereignete sich bereits am 30. November 1947, einen Tag nach der Annahme des Teilungsplanes durch die Vereinten Nationen. Danach kam es auch zu Ausschreitungen gegen Juden im Irak und in Ägypten. Daraus ergab sich die dringende Notwendigkeit, diese jüdischen Bevölkerungen aus den arabischen Ländern zu evakuieren. So wurden in heroischen (und manchmal geheimen Aktionen) mehr als eine Million jüdische Flüchtlinge aus dem Irak, aus Ägypten, Jemen, Syrien, Libyen und dem Libanon nach Israel geholt. Wenige Jahre danach folgte die Evakuierung der maghrebinischen Juden – aus Tunesien, Marokko und Algerien. Faktisch kam es hier also zu einem Bevölkerungsaustausch, denn Israel forderte die arabischen Staaten parallel dazu auf, die 500 Tausend palästinensischen Flüchtlinge aufzunehmen, so wie es die jüdischen Flüchtlinge aufnahm. Wie ich bereits in meiner letzten Antwort darlegte, weigerten sich die arabischen Staaten diesen Schritt zu tun, so daß sich das Problem der palästinensischen Flüchtlinge in den vergangenen 60 Jahren nur weiter verschärft hat. Die Zahl dieser Flüchtlinge ist heute um ein Vielfaches größer als 1948, und sie sind eine offene Wunde im Fleisch der renitenten arabischen Staaten (vgl. z.B. die derzeitigen Kämpfe zwischen der libanesischen Armee und den Extremistenorganisationen in den Flüchtlingslagern dieses Landes).

Arafat, übrigens, der nach der Unterzeichnung des Osloer Abkommens die Kontrolle über sämtliche arabischen Städte im Gazastreifen und im Westjordanland sowie über Hunderte palästinensischer Dörfer erhielt, hätte die Möglichkeit gehabt, wenn er es nur gewollt hätte, dort mit der Wiederansiedlung von Flüchtlingen aus den Lagern zu beginnen, wo sie bereits 60 Jahre aufhielten (einschließlich Flüchtlingstransfer aus dem Libanon und Jordanien). Er wäre dabei von allen Staaten der Welt finanziell und politisch voll unterstützt worden, auch von Israel, und hätte faktisch mit dem Aufbau des palästinensischen Staates beginnen können. Doch wie alle anderen Herrscher der arabischen Staaten, zog es auch Arafat vor, die Flüchtlinge als politische Waffe einzusetzen, ohne jede Rücksicht auf ihre Notlage und ihr Leid.

Ich kann diesen Punkt nicht abschließen, ohne auf Ihre letzten Sätze hierzu einzugehen, wo Sie eine Parallele ziehen zwischen den (tragischen und als Ausnahmefall zu wertenden) Ereignissen in Deir Jassin – Sie kritisieren die Widerstandsaktionen des jüdischen Untergrunds, die sich gegen die Nichteinhaltung der internationalen Verpflichtungen der Briten richteten, darunter die Schließung der Landesgrenzen vor den Hitler-Flüchtlingen aus Europa – und den arabischen Angriffen auf den Jischuw in der Zeit vor dem 15. Mai 1948. Man kann und darf nicht einfach ignorieren, was sich vor der UN-Resolution vom November 1947 ereignet hat, mit der Begründung, „gegenseitige Unrechtsaufrechnungen“ seien sinnlos und man müsse in die Zukunft blicken.

Meine verehrten Herren,



**keine Zukunft ohne Vergangenheit**, schon gar nicht in einem derart langanhaltenden historischen Konflikt. Es gibt keine Alternative, als einige historische Fakten zu beachten, die diesen Konflikt nährten und es bis zum heutigen Tag weiter tun. Ich werde versuchen, hier im Detail darauf einzugehen:

- Die Bindung der Juden zum Land Israel begann nicht erst 1882, als die Einwanderung von Juden in Palästina ihren Anfang nahm. Sämtliche jüdische Gemeinden überall auf der Welt pflegen seit Jahrtausenden eine religiöse, emotionelle und nationale Verbindung zum Land Israel. Ihre Mitglieder spendeten Geld zur Aufrechterhaltung der erhalten gebliebenen jüdischen Gemeinden (mehrheitlich Talmudschulen) im Land. Im Gebet richteten die Juden ihren Blick, dreimal täglich, gegen Osten, nach Jerusalem. Dabei flehen sie zu Gott, er möge sie in ihre historische Heimat zurückführen. Diese Sehnsucht stand im Mittelpunkt des jüdischen Lebens in allen jüdischen Gemeinden der Welt...
- Diese Bindung blieb der religiösen Führung der christlichen Welt nicht verborgen, die die Auferstehung Jesu unter anderem von der Versammlung des jüdischen Volkes im Gelobten Land und seiner Bekehrung zum Christentum abhängig sah.
- Die Verpflichtung der britischen Regierung zur Gründung einer nationalen Heimstätte der Juden in Palästina (sog. Balfourdeklaration vom 2. November 1917) wurde demnach vor dem Hintergrund der zahlreichen Nationalbewegungen jener Epoche als angemessene und vernünftige Entscheidung empfunden.
- Die „Balfourdeklaration“ wurde wörtlich in das Mandat für Palästina (auf beiden Seiten des Jordan!) aufgenommen, das der Völkerbund 1922 Großbritannien übertrug. Damit wurde die Deklaration aufgrund des Beschlusses der Vorläuferorganisation der UN zu einem die Mandatverwaltung verpflichtenden Programm.
- An diesem Beschluß des Völkerbunds war damals nichts außergewöhnlich, da die imperialistischen Staaten – Großbritannien und Frankreich – den Nahen Osten unter sich aufteilten (Sikes-Picot-Abkommen von 1917) und ihren Interessen entsprechend Grenzen für neue Staaten zogen. Diese Grenzziehungen nahm keine Rücksicht auf die ethnische Zusammensetzung der jeweiligen Länder. So gründete Großbritannien den Irak ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß er sich aus drei rivalisierenden religiösen und ethnischen Gruppen zusammensetzte: aus einer schiitischen Mehrheit sowie aus Sunniten und Kurden. Diesen unglücklichen Entscheid bezahlen die Briten und Amerikaner heute teuer mit ihrem Blut. Frankreich faßte Sunniten, Schiiten, Christen und Drusen in einem künstlichen Protektorat zusammen – dem Libanon. Die Konsequenzen der inneren Spannungen und Kriege, die sich in diesem Staat ereigneten, erleben wir schon seit Jahrzehnten. Großbritannien ging noch einen Schritt weiter, indem es vom Territorium der jüdischen Heimstätte – ohne internationale Zustimmung – das Gebiet östlich des Jordan (rund 89.000 Km<sup>2</sup>, verglichen mit dem westlichen Palästina, das sich über eine Fläche von 27.000 Km<sup>2</sup> erstreckte) abtrennte und dort, gestützt auf nur 350.000 Beduinen, die auf diesem Gebiet umherwanderten, ein weiteres Emirat gründeten. Zum König dieses Königreichs setzte Großbritannien einen Sproß der Haschemitendynastie, Emir Abdallah, ein (nachdem es seinen Bruder Feisal zum König von Irak gekrönt hatte) und machte es zu einem unabhängigen, fragilen Staat, der vom Westen (und auch von Israel) gegen seine arabischen Nachbarn, besonders gegen Syrien und Irak unter Saddam Hussein, verteidigt werden mußte.

Die Verpflichtung für die Schaffung einer nationalen Heimstätte der Juden in Palästina war zu jener Zeit also nichts Außergewöhnliches **und wurde auch von der arabischen Seite akzeptiert!** Als Anlage zu diesem Brief sende ich Ihnen den Wortlaut des Abkommens von 1919 zwischen dem Präsident der Zionistischen Bewegung Prof. Chaim Weizmann und Prinz Feisal (dem Sohn des Haschemitenkönigs Hussein, der damals im Staat Hidjas auf der Arabischen Halbinsel herrschte). In diesem Abkommen gab Prinz Hussein das schriftliche Einverständnis der arabischen Seite für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina, der das Recht haben würde, Juden aus der ganzen Welt aufzunehmen, sofern sie daran interessiert sind, gegen die Unterstützung der internationalen jüdischen Gemeinschaft für die Errichtung eines großen arabischen Staates, der Hidjas, das Gebiet östlich des Jordan, Syrien und den Irak umfassen würde, sowie für die Krönung Husseins zum König dieses Reiches.

Leider fanden die Franzosen, denen der Völkerbund das Mandat für Syrien zugesprochen hatte, keinen Gefallen an der Idee, Hussein in Damaskus zum König zu krönen und den Einflussbereich des Rivalen Großbritannien im Nahen Osten auszuweiten. Sie vertrieben ihn von dort, und damit war auch das Abkommen hinfällig. Als Entschädigung setzten die Briten Feisal zum König von Irak ein.

- Die palästinensische Nationalbewegung, deren Anfänge auf 1919 zurückgehen, war gegen die Idee der Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina, und begann, die arabische und muslimische Welt (einschließlich Millionen Moslems in Indien und Indonesien) gegen die Politik der britischen Regierung zu mobilisieren. Die lokale [arabische] Bevölkerung wurde politisch aktiv, organisierte Kundgebungen und Streiks und begann damit, militärisch gegen den Jischuw vorzugehen, um Großbritannien zur Aufgabe ihrer Verpflichtung für die Errichtung einer Heimstätte für die Juden zu bewegen:  
1920 kam es zu blutigen Ausschreitungen in Jerusalem, 1921 zu blutige Unruhen in Jaffa und 1929 zu einem Massaker in Hebron, dem rund 80 jüdische Stadtbewohner zum Opfer fielen. 1936-1939 ereignete sich ein Aufstand gegen die Mandatsverwaltung und gegen den Jischuw. In all diesen militärischen Aktionen kamen Hunderte von Juden ums Leben.  
Die Lehre, die die jüdische Führung aus diesen Ereignissen zog, war, die Tatsache anzuerkennen, dass Palästina von einer weiteren Nationalbewegung beansprucht wird, sowie die Anerkennung der Notwendigkeit, mit dieser Nationalbewegung zu einem Kompromiss zu gelangen. Dies führte zur erwähnten Adoption der Teilungsidee.  
Doch die arabische Seite war nicht zu Kompromissen bereit und forderte uneingeschränkte arabische Souveränität in ganz Palästina. Wie ich bereits erwähnte, trug ihre Verweigerungshaltung sowie die Mobilisierung der muslimischen Welt für die arabische Position Früchte: Großbritannien, das befürchtete, die gesamte muslimische Welt könnte sich mit ihrem Anliegen im Falle eines Krieges an Nazideutschland wenden, gab nach und veröffentlichte im Jahre 1939 ein Weißbuch, das die britische Verpflichtung für die Errichtung einer Heimstätte für die Juden aufhob und die Rahmenbedingungen für die Gründung eines arabischen Staates in Palästina schuf.
- Dann brach der Zweite Weltkrieg aus und stellte das jüdische Volk vor ein schweres Dilemma: Einerseits kämpfte Großbritannien gegen den Judenhasser Hitler, andererseits distanzierte es sich von seinen internationalen Verpflichtungen und verhinderte jede Möglichkeit der Rettung von Juden, die dem Naziinferno entkamen und an die verschlossenen Tore Palästinas klopfen.

David Ben-Gurion erklärte: „Wir werden gegen Hitler kämpfen, als gäbe es kein Weißbuch, und das Weißbuch bekämpfen, als gäbe es keinen Hitler“. Dieser Krieg gegen das Weißbuch, darunter auch militärische Aktionen, um die Mandatsverwaltung zu zwingen, den Schoah-Flüchtlingen aus Europa die Tore des Landes zu öffnen, trug Früchte: Die britische Regierung gab der UN das Palästinamandat zurück, und die Fortsetzung ist bekannt.

- Wenn wir also mit Blick in die Zukunft versuchen, zu einer Verständigung und zu friedlicher Koexistenz mit einem Palästinenserstaat an Israels Seite zu gelangen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir volles (historisches und faktisches) Anrecht auf mindestens einen Teil unsere Heimat haben, trotz Ihrer (von mir oben widerlegten) Behauptung, dass die Juden nur 6% der Landesfläche besaßen.

### Zu Punkt 3:

Es trifft zwar zu, dass die Schoah und deren psychologische Auswirkungen, inklusive Schuldgefühle der christlichen Welt für ihre Tatenlosigkeit angesichts der Vernichtung von 6 Millionen Juden, zum UN-Beschluss für die Gründung eines Staates für das jüdische Volk beitrugen, doch dies war nicht der entscheidende Beitrag. Entscheidend war meines Erachtens zwei weitere Faktoren, die nicht mit der Schoah zusammenhängen:

- Der christliche Glaube (wie oben ausgeführt), der den Christen die Pflicht auferlegt, den Juden bei der Rückkehr in ihre historische Heimat (im Heiligen Land) zu helfen, um die Auferstehung Jesu näher zu bringen, veranlasste vor allem die christlichen Staates Zentral- und Südamerikas für den Teilungsplan zu stimmen (auch heute gibt es in den USA einen Block von 80 Millionen Christen, der das Recht des jüdischen Staates **auf ganz Palästina** aus genau diesen Gründen vorbehaltlos unterstützt...)
- Das Interesse der Sowjetunion, im Nahen Osten Fuß zu fassen mit Hilfe des sozialistisch orientierten Jischuw, sowie die Tatsache, dass der Jischuw der Sowjetunion und ihren Satelliten für ihre Abstimmung in der UN (sowie für die umfangreiche tschechische Waffenlieferungen bereits im April 1948) hernach verpflichtet sein würde, waren entscheidend für die Unterstützung des Teilungsplanes durch den kommunistischen Block (siehe die „zionistische Rede“ des sowjetischen Außenministers Gromyko anlässlich jener UN-Versammlung für die Gründung eines jüdischen Staates).

Aus den genannten Gründen ist es überflüssig, falsch (und sogar gefährlich für Staaten wie Deutschland und Österreich) dem modernen Hitler – dem iranischen Präsidenten – , der damit droht, den jüdischen Staat durch einen Atomangriff zu vernichten und die europäischen Staaten auffordert, die Juden, die bis 1939 auf ihrem Gebiet lebten, wieder aufzunehmen, in die Hände zu spielen.

Soweit der Versuch, die Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes mit Fakten und auf objektive Weise zu erhellen. Folgenden Satz in Ihrer Antwort weise ich jedoch kategorisch zurück: „Aus der Sicht der Araber kam der primäre Angriff auf die seit Jahrhunderten bestehenden Siedlungsverhältnisse von den Juden, die auf arabischem Territorium einen Staat für sich beanspruchten.“

Weiter oben habe ich bereits nachgewiesen, dass die jüdische Einwanderung in Palästina nicht auf Kosten der arabischen Landesbewohner geschah. Zur damaligen Zeit (in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts) lebten in Palästina rund 1,2 Millionen Einwohner (ein Drittel Juden und zwei Drittel Araber). Die britischen Untersuchungskommissionen, die sich in regelmäßigem Abstand nach Palästina begaben, um die Behauptungen beider Seiten zu prüfen, stellten mehrmals fest: „In Palästina ist kein Platz mehr, nicht einmal für eine weitere Katze...“.

Doch siehe da, derzeit leben auf dem Gebiet von Palästina (inklusive Gazastreifen und Westjordanland) rund 10 Millionen Menschen, Juden und Palästinenser, und ich kann Ihnen versichern, dass das Land ohne weiteres die doppelte Einwohnerzahl aufnehmen kann (einschließlich der Besiedlung der Negev-Wüste, die rund 40% der Landesfläche ausmacht), dies unter der einzigen Voraussetzung, dass die Juden und Palästinenser, Schulter an Schulter, zusammenarbeiten, für eine bessere Zukunft für unsere Kinder.

Tatsache ist, dass die arabischen Staaten wie Ägypten und Jordanien [den Staat] Israel anerkannt haben und mit ihm Friedensverträge unterzeichneten, trotz der Besetzung der palästinensischen Gebiete. Der – von der Arabischen Liga abgesegnete – saudische Friedensplan knüpft die Anerkennung Israels durch die gesamte arabische Welt dagegen an folgende Bedingungen: Israel zieht sich auf die Grenzen von 1967 zurück und ermöglicht die Rückkehr der [palästinensischen] Flüchtlinge an ihre Wohnorte innerhalb der Grenzen Israels. **Insofern ist Ihre Parteinahme ausgerechnet für die extremsten Standpunkte im arabischen Lager, die der jüdischen Präsenz in Palästina die Legitimität absprechen, für mich unverständlich.**

#### **Zu Punkt 4:**

Sie zitieren leider nur Teile des Beschlusses der Arabischen Liga von 2002: Sie erwähnen den Rückzug auf die Grenzen von 1967 (der von der Bevölkerung Israels mehrheitlich befürwortet wird), ignorieren jedoch die geforderte Rückkehr der Flüchtlinge auf israelisches Staatsgebiet. Wie ich weiter oben bereit festgestellt habe, wird die Flüchtlingsfrage von Israel als Casus Belli eingestuft. Sämtliche jüdischen Parteien in Israel sind geschlossen gegen die Rückkehr von Flüchtlingen (jedoch zu großzügiger Entschädigung bereit). In dieser Frage wird es demnach keine Konzessionen geben.

Dennoch lege ich Wert darauf, Sie auf grundsätzliche Missverständnisse in Ihrer Antwort zu diesem Punkt hinsichtlich der Hamas, der iranischen Bedrohung sowie der Al-Qaida hinzuweisen.

#### **Hamas**

Es fällt mir nun, Anfang Juli 2007, leichter, mich zu diesem Thema zu äußern, nachdem die Hamas den gesamten Gazastreifen unter ihre Kontrolle gebracht hat, und die offiziellen Vertreter von Präsident Abbas kaltblütig ermordet oder verletzt wurden bzw. (mit ihren Familien) Hals über Kopf nach Israel geflüchtet sind.

- Ich wundere mich über die Gewissheit, die Sie in dieser Frage verschiedentlich zum Ausdruck bringen. Sie schreiben: „Wir sind davon überzeugt, dass unter diesen Bedingungen sich eine deutliche Mehrheit für eine Anerkennung Israels aussprechen könnte, und zwar unabhängig davon, wie die Hamas sich dann positioniert.“ Woher nehmen Sie diese Gewissheit? Sind Ihnen die Hauptpunkte des ideologischen Programms der Hamas und ihre Ziele überhaupt bekannt? Ich erlaube mir, Sie auf folgende relevanten Details hinzuweisen. Die Hamas-Bewegung ist eine extremistische islamische Bewegung, eine ideologische

Abzweigung der 1928 in Ägypten gegründeten Muslimbruderschaft. Die Muslimbrüder treten für die Beseitigung sämtlicher laizistischer arabischer Regime und für die Errichtung eines neuen Kalifats ein, das sämtliche arabischen Staaten umfasst und in dem das islamische Recht, die **Scharia**, gelten soll.

Die Muslimbrüder wirkten und wirken in den laizistischen arabischen Staaten bis heute auf religiöse Umstürze hin. Deshalb befindet sich die Führung der Muslimbruderschaft in Ägypten mehrheitlich im Gefängnis, und ein Umsturzversuch der Muslimbrüder in Syrien im Jahre 1982 endete in einem Blutbad, das der Vater des heutigen syrischen Präsidenten unter ihnen anrichtete (rund 15 Tausend Tote).

- Was für die arabischen Staaten gilt, betrifft umso mehr das (nach ihrer Ansicht) arabische Territorium, das von „Ungläubigen“ wie den Juden beherrscht wird (die Mohammed im Koran mit den Affen gleichsetzt). Daher ist es völlig ausgeschlossen, dass die Hamas den Staat Israel und das Recht der Juden auf Eigenstaatlichkeit in einem Gebiet, das „die heilige territoriale Kontinuität der arabischen Nation“ unterbricht, anerkennt. Ein kleines Anschauungsbeispiel wurde am 24. Juni geliefert, als der abgesetzte Premierminister von der Hamas, Ismail Hanija, die Vertreter Ägyptens, Jordaniens und der Palästinenser dazu aufrief, nicht an der Konferenz in Scharm El-Scheich teilzunehmen und keine Vereinbarung mit Israel zu schließen, denn die Araber hätten nur eine Option: „Weiter zu kämpfen bis zur Liquidierung Israels“.
- Der verstorbene israelische Ministerpräsident, Jitzchak Rabin, versuchte in monatelangen Gesprächen mit dem Hamasideologen Scheich Jassin zu politischen Konsenspunkten mit dieser Bewegung zu gelangen, doch Jassins Antwort war immer dieselbe: „Es ist völlig ausgeschlossen, dass unsere Bewegung das Recht der Juden auf einen souveränen Staat auf der heiligen arabischen Erde jemals anerkennt.“
- Sie betrachten den israelisch-palästinensischen Konflikt aus einer grundsätzlich europäischen Perspektive, ihre Analyse gründet deshalb ausschließlich auf Ratio. Doch in dem Teil der Welt, in dem sich Israel befindet, dominiert nicht die Ratio, sondern das Gefühl, der Instinkt und der fanatische religiöse Glaube. Bei Letzteren ist seitens des fanatischen religiösen Teils der arabischen Welt (zu dem auch die Hamas zählt) leider kein Platz für Kompromisse.
- Nicht Volksbefragungen sind also ausschlaggebend für den Standpunkt der Araber und ihre Bereitschaft, sich mit dem Fakt der Existenz Israels auseinanderzusetzen, und bestimmt nicht Befragungen, die stattfinden, wenn auf den Straßen bewaffnete Banden der Hamas wüten. In Israel ist eine solche Abstimmung ohnehin unnötig, da die israelische Regierung den klaren – von der überwiegenden Mehrheit der Öffentlichkeit geteilten – Standpunkt vertritt, dass man gegen echten Frieden und die Beendigung des Terrors bereit ist, sich von allen besetzten Gebieten auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen und beim Aufbau eines Palästinenserstaates an der Seite Israels mitzuhelfen.
- Dass Sie Ihre Argumentation zudem auf die propagandistischen und zweckgerichteten Äußerungen von Hamas-Sprechern wie Ismail Hanija abstützen, die sich zu einer zehnjährigen „Hudna“ [Waffenstillstand] bereit erklärten, zeugt von Ihrer Unkenntnis der Denkweise extremistischer Muslime, die für die „Ausbreitung des Islam durch das Schwert“ eintreten, d.h. für die Durchsetzung islamischer Herrschaft und islamischen Rechts in allen Staaten der Welt durch das Schwert. (Bin Laden versprach dem

amerikanischen Volk in einer seiner Botschaften, den Terror gegen die Amerikaner einzustellen, falls sie zum Islam übertreten). In meinem Brief an Sie habe ich aus Arafats Rede in einer Moschee in Johannesburg zitiert. Das „Hudna“-Angebot der Hamas gründet auf demselben Konzept: Den Feind auf eine Feuerpause verpflichten, damit die arabische Seite an Stärke gewinnen kann, um dann bei geeigneter Gelegenheit wieder über ihn herzufallen, wie Mohammed in Mekka mit dem Koresh-Stamm verfuhr, mit dem er eine zehnjährige Hudna vereinbart hatte, die er schon nach drei Jahren brach.

### **Die iranische Bedrohung**

Das iranische Streben nach Atomfähigkeit hätte durchaus akzeptabel sein können. Es begann nicht erst mit dem derzeitigen Mullahregime. Schon der letzte persische Schah, Reza Khan, träumte davon, den Iran in eine Regionalmacht zu verwandeln, und die Bemühungen zur Erlangung der Fähigkeit der Kernspaltung begannen bereits unter seiner Herrschaft. Der Staat Israel hat sich bislang nie gegen die atomare Entwicklung in Staaten geäußert, die ihn nicht bedrohen, wie beispielsweise Pakistan. Dasselbe gilt auch für die atomaren Aufrüstungsversuche des libyschen Herrschers Muammar Gaddafi.

Doch wenn sich ein solches Potential gegen uns richtet, wie dies zum Beispiel vom abgesetzten irakischen Herrscher Saddam Hussein angekündigt wurde, zögern wir nicht, es zu vernichten. Nun sind wir erneut mit einer lebensgefährlichen Bedrohung konfrontiert, diesmal vom Präsidenten des Iran ausgehend. Dieser erklärt bei jeder Gelegenheit, dass er gedenkt, eine Bevölkerung von fünf Millionen Menschen auszulöschen, nur weil sie Juden sind. Erinnert Sie das nicht an Hitlers Worte im selben Zusammenhang, „Die Juden sind unser Unglück“? Wie ist es zu erklären, dass Sie diese Äußerungen in keiner Weise verurteilen? Warum wenden Sie sich in Ihrem Manifest nicht an die Vereinten Nationen mit der Forderung, die Mitgliedschaft von Staaten zu suspendieren, die anderen Mitgliedstaaten unverhohlen mit der Vernichtung drohen? Sie lösen dieses Problem auf sehr elegante Art: Sie ignorieren es schlicht...

Doch was uns anbetrifft, meine sehr verehrten Freunde, geht es um eine konkrete physische Existenzbedrohung, um Lebensgefahr. Sich nicht damit auseinanderzusetzen, wäre gleichbedeutend mit passivem Warten auf den Tod, so wie es Millionen von Juden taten, die von Hitlers Vollstreckern in Todeslagern konzentriert wurden. Wir können deshalb nicht warten „bis die Wirtschaftssanktionen Wirkung zeigen“ wie im libyschen Beispiel. Ghaddafi hat Israel nie mit atomarer Vernichtung gedroht.

Zudem: Die atomare Aufrüstung des Iran wäre ohne die geheimen Lieferungen von Know-how und strategischem Material durch zahlreiche europäische Firmen (darunter auch deutsche Firmen) und ohne die allgemein bekannte russische Hilfe beim Bau von Atomreaktoren im Iran und bei der Beschaffung von Know-how und angereichertem Uran (die von der europäischen Friedensbewegung ohne jeden Protest oder andere Gegenmaßnahmen einfach hingenommen wurde) nicht möglich gewesen. Sie haben deshalb nicht das Recht, „nicht zu diesem Thema Stellung zu nehmen“, denn für uns ist sie eine Frage von „Sein oder nicht Sein“. Und wir werden nicht noch einmal und passiv auf den iranischen Schlächter warten.

### **Die Gespräche mit Syrien**

Sämtliche bisherigen Gespräche mit Syrien bis zu den Verhandlungen, die der israelische Ministerpräsident Ehud Barak mit den Syrern führte, scheiterten bislang an einem „kleinen Stolperstein“: Über die Forderung der arabischen Staaten hinaus, dass sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht, einer Forderung, wir in den Abkommen mit Ägypten und Jordanien nachgekommen sind und dementsprechend auch die Markierung der Grenze zum Libanon durch die UN akzeptiert haben, beansprucht Syrien (als entmilitarisierte Zonen unter syrischer Souveränität) auch die Gebiete, die es im Krieg von 1948 besetzte und bis 1967

kontrollierte. Zudem fordert Syrien auch den nordöstlichen Teil des Genezareth-Sees, ein Gebiet, das nie zum syrischen Hoheitsgebiet gehörte. Diese Forderungen Syriens zu akzeptieren, würde bedeuten, dem Grundsatz zuzustimmen, dass der Besetzer Gebiete behalten darf, die er sich im Krieg angeeignet hat, ein Grundsatz, der von der arabischen Seite immer dann abgelehnt wurde, wenn Israel versuchte, arabische Gebiete unter seiner Kontrolle zu behalten wie im Fall Taba bei Eilat.

Dies ist ein typisches Beispiel für die heuchlerische arabische Haltung, die im Namen der Gerechtigkeit den israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten fordert, und gleichzeitig den Anspruch auf Gebiete verteidigt, die arabisch besetzt sind.

Trotzdem finden, soweit mir bekannt, Geheimgespräche mit der syrischen Seite statt. Ich hoffe, dass diese Gespräche Früchte tragen, inklusive Anerkennung der Golanhöhen als syrisches Hoheitsgebiet durch Israel. Frieden mit Israel würde Syrien endlich aus der politischen Isolation befreien, in der sich das Land derzeit befindet. Dies würde den Syrern den Weg in eine bessere wirtschaftliche und außenpolitische Zukunft ebnen. Sie würden wieder in die Völkerfamilie zurückfinden und hätten mehr Wohlstand.

### **Al Qaida**

Diese Organisation ist im Nahen Osten schon seit Jahren aktiv. Sie ist verantwortlich für Anschläge in der Türkei, in Jordanien (Bombenanschläge auf Hotels in Amman) und im Libanon (wo sich ihre Kämpfer in palästinensischen Flüchtlingslagern Gefechte mit der libanesischen Armee liefern). Al Qaida zeichnet verantwortlich für Terroranschläge auf der Sinaihalbinsel (Bombenanschlag auf ein Hotel in Taba) sowie in Jemen, wo ein amerikanisches Kriegsschiff getroffen wurde. Al Qaida hat bereits den Gazastreifen infiltriert und war führend an terroristischen Aktivitäten gegen die Fatah und offizielle Institutionen der palästinensischen Autonomieverwaltung beteiligt. Die Hamas ist ihrer Meinung nach nicht genug radikal in ihrem Kampf gegen den laizistischen Teil der palästinensischen [National-]Bewegung. Deshalb arbeiteten ihre Vertreter vor Ort auf eine Zuspitzung der innerpalästinensischen Spannungen durch die Beschießung und Ermordung von Vertretern von Präsident Abbas im Gazastreifen hin.

Natürlich darf man die Ereignisse im Irak nicht vergessen, wo Al Qaida auf der Fortsetzung des Krieges gegen die amerikanischen Streitkräfte und die gewählte irakische Regierung beharrt. Al Qaida entfaltet seine zerstörerische Wirkung immer dann, wenn die irakische Regierung kleine Fortschritte bei Verständigung zwischen den drei Gruppen, Sunniten, Schiiten und Kurden, aus denen sich dieser Unglücksstaat zusammensetzt, erzielt. Auf die Ereignisse in Südjemen, Somalia und in Ostafrika (Sprengung der amerikanischen Botschaft und der gescheiterte Raketenangriff auf ein israelisches Flugzeug) einzugehen, würde hier zu weit führen. Doch die dortigen Ereignisse, wie auch die zunehmenden Aktivitäten (der von Al Qaida unterstützten) Taliban in Afghanistan verheißen nichts Gutes für die ganze Region. Al Qaida ist im Nahen Osten äußerst aktiv. Sie müssen seine Tätigkeit also genau verfolgen, bevor sie zu dem Schluss gelangen, dass er in der Region bisher nicht tätig geworden ist.

### **Zusammenfassung**

Sie haben sicherlich festgestellt, dass ich in meinen langen Ausführungen nur versucht habe, die Fakten richtig zu stellen. Ich weiß nicht, ob diese Richtigstellungen ihre Haltung punkto Notwendigkeit, das besondere deutsch-israelische Verhältnis aufzukündigen, beeinflussen wird. Ich kann vor einem solchen Schritt nur warnen, denn er würde sich zuallererst gegen Deutschland selbst richten, das seit Jahren die Gleichstellung mit den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates anstrebt. Die Furcht vor der Erstarkung Deutschland und, im Falle einer inneren Katastrophe, davor, dass sich Deutschland erneut in einen

totalitären Staat verwandeln könnte, ist nicht nur eine israelische Angelegenheit. Sie wird auch von Polen, von den USA, Kanada, Russland und Tschechien geteilt. Solange die deutsche Außenpolitik **im besonderen Verhältnis zu Israel** verankert ist, ist sie gegen einen solchen Verfall gefeit. Ich rate Ihnen, diese Sonderposition zu festigen, unabhängig von den derzeitigen Ereignissen im Nahen Osten.

Mit freundlichen Grüßen  
Dov Ben-Meir

#### IV

Linz, 7.8. 2007

Dear Mr. Ben-Meir,  
just coming back from holiday I am very pleased to find your answer to our letter in my mailbox. I will forward it immediately to the authors of our Manifest, and, if you agree, I will also publish it on the homepage of the "Forum Crisis Prevention" of which I happen to be the chairman.

I am sorry for the delay in confirming that I have got your answer and as well for all the trouble you have had with translating our letter into Hebrew, etc. I am sure I may say already in the name of all my colleagues that we esteem your engagement very much. Again it will take some time until you get a reaction as to the content of your letter, but you can be sure we will go on and that we will seriously consider to meet you in Israel, if Mr. Benz finds a way how to manage that.

Personally I thought already to invite you to discussions in Germany or Austria and how to manage that financially. I would be happy if we could realize both.

Looking forward to a possible personal meeting and any way to continue our exchange of letters,

Yours sincerely,  
Reiner Steinweg